

Das Dilemma der Loyalität

Die US-amerikanischen Juden und der israelisch-iranische Konflikt

Von **Norman Birnbaum**

Während in der arabischen Welt US-Botschaften wegen eines den Propheten Mohammed verunglimpfenden, privaten Videos von wütenden Muslimen attackiert werden, rückt ein Angriff auf die Atomanlagen des Iran offenbar immer näher – wenn man den Ankündigungen der israelischen Regierung Glauben schenkt. Verteidigungsminister Ehud Barak ließ jedenfalls bereits einmal vorsorglich die israelischen Toten kalkulieren und kam dabei auf 500 Personen, insbesondere in den beiden Großstädten Jerusalem und Tel Aviv.¹

Doch zweifellos hätte ein derartiger Angriff weit verheerendere Folgen, nicht nur für Israel, sondern weit darüber hinaus. Offenkundig gibt es zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sowie seinem Verteidigungsminister andererseits Unstimmigkeiten in der Frage, ob ein unverzüglicher Angriff notwendig ist. Netanjahu, offenbar zum Krieg entschlossen, ist daher bestrebt, die amerikanischen Juden gegen Obama zu mobilisieren. Die Obama-Regierung, einschließlich ihrer ranghöchsten Militärs, versucht dagegen, die israelische Regierung noch umzustimmen. Dabei vertraut sie auch auf die Hilfe der zahlreichen israelischen Geheimdienstmitarbeiter und Militärs, die seit langem mit ihren amerikanischen Pendanten zusammenarbeiten und dezidiert gegen einen sofortigen Angriff auf den Iran sind. Derzeit lässt sich unmöglich vorhersagen, ob Israel noch vor der US-Wahl angreifen wird, um Obama einen groß angelegten Krieg gegen den Iran aufzuzwingen. Gebremst wird Netanjahu auch durch das Zögern der israelischen Elite und Öffentlichkeit sowie durch die durchaus begründete Erwartung, eine derartige Provokation Obamas, dem nichts ungelegener käme als ein Krieg vor dem 6. November, würde sich im Falle eines Wahlsiegs des US-Präsidenten als politisch fatal erweisen.

Auch innerhalb der israelischen Regierung ist die Lage keineswegs einheitlich: Der Brief, den Oppositionsführer Schaul Mofaz am 20. August an Netanjahu schickte,² bricht mit dem Mythos der Einigkeit in Sicherheits-

1 Vgl. www.zeit.de, 15.8.2012.

2 Vgl. Mofaz demands clarifications from Netanyahu over his 'intention to lead Israel to war with Iran', in: „Haaretz“, 20.8.2012.

fragen und ist eine schonungslose Anklage gegen den Kurs des Ministerpräsidenten. Und schließlich ist auch die US-Öffentlichkeit trotz der fortgesetzten Propaganda, die den Iran als eine äußerst ernste Bedrohung darstellt, wenig begeistert von einem weiteren Krieg im Nahen und Mittleren Osten – zumal sich nach den Anschlägen auf die amerikanischen Botschaften im arabischen Raum die Lage auch dort immer mehr zuspitzt. Netanjahu gegenwärtige, außerordentlich undiplomatische Diplomatie wirkt daher regelrecht kontraproduktiv: Zweifellos wird sie diejenigen im US-amerikanischen Regierungsapparat stärken, die schon lange über die Unterstützer Israels verärgert sind. Einige haben für ihr Abweichen von der Linie einer völligen Übereinstimmung der Politik der USA mit der Israels mitunter teuer bezahlt und beispielsweise Nachteile beim beruflichen Aufstieg hinnehmen müssen. Aber auch diejenigen, die sich zurückhaltender zeigen, haben durchaus Vorbehalte: Jene unter ihnen, die historisch denken, argumentieren, eine generelle Neubewertung der amerikanischen Nahostpolitik müsse auch die Allianz mit Israel ernsthaft überprüfen – schon angesichts der unvorhersehbaren Folgen eines Krieges gegen den Iran und des Einflussverlusts in Ägypten und der Türkei. Sie geben zu verstehen, dass sie nicht die Beendigung der Allianz mit Israel befürworten, sondern vielmehr allmählich auf Distanz gehen wollen.

Dies würde auch bedeuten, dass man Israel in den besetzten Gebieten nicht länger freie Hand ließe. Ob dies ohne eine nahezu vollständige Revision der gesamten US-Außenpolitik zu erreichen wäre, ist derzeit noch völlig offen. Selbst Israels entschiedensten Unterstützern scheint jedoch die Möglichkeit eines derartigen Wandels offenbar real genug, weshalb sie umso leidenschaftlicher fordern, dass zwischen der Politik der Vereinigten Staaten und Israels bis ins kleinste Detail Übereinstimmung bestehen müsse.

Die Unterstützer der israelischen Regierungspolitik

Umso mehr stellt sich angesichts dieser neuen Lage im amerikanisch-israelischen Verhältnis die Frage, an wen Netanjahu sein Werben für einen baldigen Krieg gegen den Iran mit Erfolg zu richten glaubt. Wie sieht er aus, jener jüdische US-Bürger, der noch immer vorbehaltlos auf Seiten Israels steht?

Nehmen wir einen jüdischen Freiberufler mittleren Alters, einen Steuerberater, Zahnarzt oder Anwalt, der in einer mittelgroßen amerikanischen Stadt lebt. Natürlich macht er sich Sorgen um die amerikanische Wirtschaft und um die Zukunft seiner Kinder. Seine Hauptsorge gilt jedoch dem Staat Israel. Der Mann glaubt, eine Menge über das Land zu wissen. Regelmäßig besucht er es gemeinsam mit anderen Männern seiner Synagoge. Auf einem israelischen Luftwaffenstützpunkt kamen sie in den Genuss einer Flugschau, auf der – selbstverständlich in sicherem Abstand von den Zuschauern – der Einsatz von Napalm demonstriert wurde.

Der Mann hat keine Zeit, sich eingehender mit der Geschichte Israels zu beschäftigen. Seine Lektüre beschränkt sich diesbezüglich auf ein paar

anregende Bände über den Sechstagekrieg und die Operation Entebbe. Aber das macht nichts. Sein Rabbi liest gewissenhaft die „New York Times“ und die jüdische Presse und warnt allwöchentlich vor den beiden Bedrohungen, denen sich das Land ausgesetzt sieht – dem muslimischen „Terrorismus“ und dem heidnischen Antisemitismus. Unser Mann hält sich für gut informiert und ist besonders angetan von der Fundiertheit und dem Scharfblick der Berichterstattung Wolf Blitzers im Fernsehsender CNN.

Der israelische Ministerpräsident dachte offensichtlich an ebensolche amerikanischen Juden, als er jüngst erklärte, Juden seien nahezu zwei Jahrtausende schutzlos gewesen, könnten sich heute aber auf den Staat Israel verlassen. Tatsächlich ist es den Verteidigern der Juden in der modernen Neuzeit – den Verfechtern der philosophischen Aufklärung und der Bürger- und Menschenrechte – nicht gelungen, den Holocaust zu verhindern. Vielmehr waren es die Armeen Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten sowie nicht zuletzt die Widerstandsbewegungen in Europa, die die Nazis und deren faschistische Mitläufer schließlich schlugen. Was Israel, hätte es in den 1930er Jahren bereits existiert, hätte tun können, um Hitler Einhalt zu gebieten, ist indes ebenso unklar wie die Antwort auf die Frage, ob es europäische Juden mit offenen Armen aufgenommen hätte. Die Bilanz der Zionisten zu jener Zeit ist insofern höchst zwiespältig.³

Das Versprechen des Zionismus

Netanjahus triumphierende Worte stehen darüber hinaus in erstaunlichem Gegensatz zu anderen Äußerungen von ihm selbst und denen seiner Kollegen in der Regierung. Darin ist von einer ernsthaften und andauernden Bedrohung Israels die Rede – durch Palästinenser, durch arabische und muslimische Staaten, durch den Iran und die Atomwaffen, die er angeblich besitzt, durch die Gleichgültigkeit und Feindseligkeit einer heidnischen Welt.

Ursprünglich versprach der Zionismus, ein jüdischer Staat würde nicht nur für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger sorgen, sondern für die aller Juden überall auf der Welt. Nach den Kriegen von 1956, 1967, 1973, 1976 und 1982, den Palästinenseraufständen, den jüngsten Invasionen im Gazastreifen und im Libanon und angesichts der gegenwärtigen Aussicht auf einen Krieg mit dem Iran kann man wohl kaum behaupten, Israel sei ein sicherer Ort. Dort geht es in der gegenwärtigen politischen Debatte unter anderem um die Frage, ob die Organisation des Zivilschutzes für den nächsten Krieg hinlänglich vorbereitet ist. Derweil stellt die Beziehung der Diaspora zu Israel eine Quelle innerer und äußerer Schwierigkeiten für Juden dar, die nicht im Heiligen Land leben.

Netanjahus Preisung der israelischen Sicherheit hatte daher auch einen ganz konkreten Anlass – nämlich die Ankunft von gut 120 jungen Amerika-

3 Vgl. Rolf Verleger, Der humanistische Zionismus, in: „Blätter“, 10/2011, S. 104-110.

nern in Israel, die sich freiwillig zum Dienst in der israelischen Armee gemeldet hatten. In den USA leben mindestens sechs Millionen Juden, von denen, vorsichtig geschätzt, Hunderttausende Altersgruppen angehören, die für den Militärdienst in Frage kommen. Unter diesen Umständen sind 120 Rekruten durchaus keine überwältigende Anzahl. Programme wie „Bir-thright“, die jüngeren jüdischen Amerikanern kostenlose Reisen nach Israel ermöglichen, werden hingegen ausgiebig genutzt.

Die Aussicht, gegen Gegner in den Kampf zu ziehen, die zu allem entschlossen sind, ist für junge Amerikanerinnen und Amerikaner offensichtlich wenig attraktiv. Angesichts der durchwachsenen Leistung der israelischen Streitkräfte in jüngster Zeit, der öffentlich ausgetragenen Streitigkeiten unter ihren Generälen, der ständigen Erörterung militärischer Angelegenheiten durch israelische Politiker und Beamte kann man das verstehen. Hinzu kommt, dass nicht nur die Ultraorthodoxen in Israel keinen Wehrdienst leisten. Auch ein Teil jener Israelis, die ganz bestimmt nicht ihre gesamte Zeit dem Studium der Heiligen Schrift widmen, lehnen den Militärdienst ab und werden von ihm freigestellt – was wiederum den Unmut derer weckt, die nicht über die dafür notwendigen finanziellen Mittel und gesellschaftlichen Beziehungen verfügen.

Die Minderheit der eifernden Israel-Unterstützer

Die amerikanische jüdische Gemeinschaft ist für Netanjahu als Quelle politischer Unterstützung somit weitaus nützlicher denn als Reservetruppe. Aber sind sich die israelische Regierung und die politische Elite über die amerikanische Situation wirklich im Klaren?

Die amerikanischen jüdischen Medien zumindest pendeln, ganz wie Netanjahu, hektisch hin und her zwischen beruhigenden Verweisen auf Israels Stärke und sorgenvollen Schilderungen der gefährlichen Lage, in der das Land sich befinde. Die Herausgeber sind anscheinend der Meinung, ihre Leser interessieren sich nicht für die Vielschichtigkeit der israelischen Situation. Selbst der israelische Botschafter in den Vereinigten Staaten, eigentlich zuständig für akkurate Berichterstattung, ist ein Freund platter Schlagworte. Es ist nur zu hoffen, dass er intelligenter ist, als er sich in seiner öffentlichen Funktion gibt.

Der oben in groben Zügen skizzierte Unterstützer Israels gehört – so viel steht fest – einer engagierten Minderheit an. Die bedingungslose Unterstützung Israels zeigt sich im weltlichen Ersatz von Jüdinnen und Juden für den Glauben ihrer Väter. Im Allgemeinen ist diese Unterstützung dort am größten, wo Menschen in einem vorwiegend jüdischen Milieu leben. Diejenigen Juden, die sich stärker in der amerikanischen Gesellschaft bewegen, neigen in der Regel zu differenzierteren Ansichten. Zweifellos nickten viele zustimmend angesichts der harschen Kritik seitens der jüdischen Organisationen an Tony Judt, Noam Chomsky und den Professoren John J. Mearsheimer und Stephan Walt. Irgendwie bahnte sich inzwischen die Erkenntnis den Weg

in das Bewusstsein amerikanischer Juden, dass die Ansicht, die Besetzung Palästinas sei unmoralisch und nicht aufrechtzuerhalten, Israel müsse seine Beziehungen zu den muslimischen Staaten auf eine völlig andere Basis stellen und die Militarisierung der israelischen Kultur und Politik müsse rückgängig gemacht werden, nicht völlig von der Hand zu weisen ist. Die eifernen Unterstützer Israels bringen uns Andere aber weiterhin in peinliche Situationen, wie etwa mit dem absurden Versuch, an unseren Colleges und Universitäten Kritik an Israel als *ipso facto* „antisemitisch“ zu unterbinden.

Einige der jüdischen Organisationen – unter ihnen die Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations, das American-Israel Public Affairs Committee, das American Jewish Committee und die Anti-Defamation League – kompensieren durch Lautstärke ihre im Verhältnis zur Größe der jüdischen Gemeinschaft recht niedrigen Mitgliederzahlen. Ohne es zu wollen, erinnern uns ihre Wortführer daran, dass amerikanische Juden sehr viel zu unserer Nation beigesteuert haben: auf dem Gebiet der Kunst, der Kultur, des Geschäftslebens, der Bildung, der Finanzen, der Politik, der freien Berufe und der Wissenschaft. Die anderen werden zu Führern der Gemeinschaft. Dabei haben sich Sheldon Adelson, Chaim Saban und eine ganze Reihe anderer Wohlhabender, ohne Zweifel Aufmerksamkeit erkaufte, indem sie mit Geld um sich werfen. Langfristig könnte sich ihr Einfluss allerdings durchaus als negativ erweisen. Schließlich vermag keine noch so große Summe die Plumpheit ihres Ethnozentrismus vergessen zu machen.

Zwischen Loyalität und Kritik

Meinungsumfragen und alle möglichen anderen Erhebungen legen indes nahe, dass die Mehrheit amerikanischer Juden so in ihrem Leben in diesem Land verwurzelt ist, dass ihnen das Schicksal Israels zwar am Herzen liegt, es aber nicht ihr gesamtes Dasein einschließlich ihrer politischen Einstellung bestimmt oder beherrscht.

Auch Gruppen und Einzelpersonen, die gegenüber der israelischen Politik eine kritische Haltung einnehmen, waren schon immer Teil der amerikanischen jüdischen Landschaft. Es ist hilfreich, sich in Erinnerung zu rufen, dass in den frühen Jahren Israels manch einer jener radikalen Verteidiger Israels von heute darauf beharrte, dass die Loyalität der amerikanischen Juden primär den Vereinigten Staaten gehöre – unter ihnen das American Jewish Committee und eine ganze Reihe von Publizisten, Rabbinern und Gelehrten. Sie warnten die Israelis davor, bei amerikanischen Juden uneingeschränkte Unterstützung zu suchen oder diese von ihnen zu erwarten bzw. sich in amerikanische Angelegenheiten einzumischen.

Gegenwärtig ist J Street eine der jüdischen Gruppierungen in den USA, die der Politik Israels kritisch gegenübersteht und sich das meiste Gehör verschafft. Allerdings hinkt sie den Ereignissen hinterher: So tritt sie für eine Zweistaatenlösung anstelle der israelischen Besetzung Palästinas ein und ignoriert, dass diese Lösung durch den jüdischen Siedlungsbau in den

besetzten Gebieten torpediert wird. Allerdings zeigen sich nur wenige in der jüdischen Gemeinschaft bereit, das Offensichtliche offen anzuerkennen. Fest steht: Sofern nicht mehrere Hunderttausend jüdische Bewohnerinnen und Bewohner Palästinas aus den Siedlungen in den besetzten Gebieten nach Israel zurückkehren, werden die beiden Völker, Araber und Juden, weiterhin auf eine Art und Weise verbunden sein, die auf lange Sicht wohl nicht friedlich sein wird.

Aus diesem Grund machen sich viele Amerikaner in den modern denkenden, liberalen Kreisen des amerikanischen politischen Spektrums große Sorgen: Es könnte einen erfolgreichen palästinensischen Aufstand geben, die Vereinten Nationen und Israels Verbündete könnten Israel eine Lösung aufzwingen, dadurch könnte es zu einer Folge von Ereignissen kommen, wie wir sie uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorstellen können, und an deren Beginn vielleicht eine schwerwiegende militärische Niederlage Israels steht. Fest steht bei alledem auch: Früher oder später werden die Palästinenser Selbstverwaltung erlangen, sei es als Bürgerinnen und Bürger eines binationalen Staates, eines autonomen Gebiets in einer binationalen Föderation oder in einem unabhängigen Staat, aus dem sich Israel – freiwillig oder auf andere Weise – zurückgezogen haben wird.

Im Verlauf dieses Prozesses mag Israel von einem Bürgerkrieg zerrissen werden. Es verliert dabei vielleicht die gebildetsten seiner Bürger und die mit dem größten Unternehmergeist. Es wird sich womöglich mit dem Status einer unter internationaler Treuhandverwaltung stehenden oder gar besetzten Nation abfinden müssen. Und dennoch: Trotz dieser wenig optimistischen Aussichten zögern selbst die kritischeren unter den jüdischen Unterstützern Israels in den Vereinigten Staaten erkennbar, wenn es darum geht, diese problematischen Aspekte von Israels Zukunft näher zu untersuchen.

Die unterschiedlichen Formen der Unterstützung

Dabei lassen sich mit Einschränkungen drei Formen der Unterstützung für Israel ausmachen. Die erste umfasst die Überzeugungen und Aktivitäten der jüdischen Gemeinschaft selbst, die kulturell und politisch in einer ganzen Reihe von Fragen, darunter auch in der nach den Beziehungen zu Israel, gespalten ist. Erst vor Kurzem sagte die größte jüdische Einzelgruppierung in den USA, Reform Judaism, ihre Teilnahme am Treffen der Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations ab, da die Ansichten der Reformbewegung ignoriert wurden. Das Eintreten des Journalisten Peter Beinart für ein demokratisches und jüdisches Israel ist fraglos edel, doch eine Mehrheit in Israel toleriert ein repressives Vorgehen im kulturellen und politischen Bereich. Und auch die amerikanischen Juden, die mit Beinart übereinstimmen, leben in unmittelbarer Nachbarschaft ihrer Glaubensbrüder, die es eigentlich vorzögen, in New York in Bussen zu fahren, deren Fahrgäste – wie in den frommen Vierteln Jerusalems – nach Geschlecht getrennt sind.

Publikationen wie der „Forward“ und das Magazin „Tablet“ verleihen dem Ausdruck, was man als das akademische Segment der jüdischen Öffentlichkeit bezeichnen könnte. Die von breiteren Kreisen gelesenen Zeitungen der jüdischen Gemeinschaft sind in einer wesentlich weniger anspruchsvollen Sprache geschrieben. Ein Großteil der Juden, vielleicht sogar die Mehrheit, führt ihr Leben daher fernab der Kontroversen um Israel. Die akademische Debatte um Israel ist eine Fortsetzung, oder eine Neubelebung, älterer Debatten um Assimilation und ethnische Isolation – in denen viele der gegenwärtigen Teilnehmer ihre Wahl nicht rechtfertigen und diskutieren, sondern einfach ausleben.

Dies dürfte sich jedoch als schwerwiegender Fehler erweisen. Denn die Vorsitzenden der amerikanischen jüdischen Organisationen sehen das amerikanische öffentliche Leben als ein System, in dem allein die Interessen unterschiedlicher Gruppen verhandelt werden. Was aber werden sie tun, wenn immer mehr ihrer nichtjüdischen Gesprächspartner erklären – wie es in einigen der protestantischen Kirchen schon jetzt immer häufiger der Fall ist –, ihre Auffassung von amerikanischen Werten verlange Kritik an Israel? Keine noch so große finanzielle Unterstützung durchschnittlich begabter Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaft – man denke an die Senatoren Jon Kyl und Mark Kirk – kann die Auseinandersetzung mit grundlegenden politischen Meinungsunterschieden ersetzen.

Das Bündnis mit den amerikanischen Protestanten

Das Verhältnis Israels zu den Vereinigten Staaten sähe ganz anders aus, wäre da nicht die zweite wichtige Säule der Unterstützung Israels – der amerikanische Protestantismus. Die Verwurzelung im Alten Testament, ein ausgeprägter Sinn für soziale Gerechtigkeit und das calvinistische Arbeitsethos haben in der Vergangenheit die protestantischen Kirchen in einer Vielzahl kultureller und sozialer Kämpfe zu Verbündeten amerikanischer Juden gemacht.

Während der letzten Jahrzehnte hat sich das Blatt jedoch gewendet. Die engagiertesten protestantischen Unterstützer Israels finden sich nun in den Sekten, die sich zur apokalyptischen Geschichtsauffassung einer wörtlichen Bibelauslegung bekennen. Die Begeisterung dieser Protestanten für Israel fußt auf deren Erwartung, die Wiedergeburt eines jüdischen Staates sei der Beweis für das unmittelbare Bevorstehen des Jüngsten Gerichts, in dessen Verlauf die Juden bekehrt oder aber vernichtet würden.

In vielen wirtschaftlichen und sozialen Fragen – bezüglich Abtreibung, Trennung von Kirche und Staat oder amerikanischem Wohlfahrtsstaat – weichen die Positionen der begeistertsten Unterstützer Israels grundlegend von jenen der Mehrheit amerikanischer Juden ab. Das innenpolitische Bündnis zwischen den jüdischen Organisationen und den christlichen Fundamentalisten hat aber dennoch gehalten, weil die Juden imstande waren, den Wunsch der Fundamentalisten, sie verschwinden zu sehen, erst einmal zu ignorieren. Dieser Wunsch, so erklärte der Führer einer jüdischen Organi-

sation, sei auf die Zukunft gerichtet, jetzt aber unterstützten die Fundamentalisten Waffenlieferungen für Israel. Das tun sie tatsächlich, nicht zuletzt aufgrund der Feindschaft, mit der sie den islamischen Staaten gegenüberstehen.

Die Interessen der permanenten Regierung

Die Unterstützung Israels durch die stärker ethnozentristisch ausgerichteten Teile der jüdischen Gemeinschaft und die kulturell abgeschotteten, christlich-fundamentalistischen Gruppen des nichtjüdischen Amerika kann jedoch die wachsende Bereitschaft eines großen Teils der amerikanischen Protestanten, zu Israel auf Distanz zu gehen, nicht kompensieren.

Und selbst im US-Regierungsapparat, der dritten Komponente US-amerikanischer Unterstützung für Israel, findet sich – bei aller Kontinuität – mehr und mehr die Bereitschaft umzudenken. Mehr noch als in der Regierung im engeren Sinne zeigt sich dies im sogenannten *Permanent Government* – also in den unabhängig von jedem Präsidenten auf Dauer eingerichteten Behörden, Abteilungen und Dienststellen. Hinsichtlich der Außenpolitik sind dies vor allem die Beamten in den außenpolitischen Behörden, die militärischen Amtsträger und die Mitarbeiter des Kongresses. Sie alle leben nicht *für*, sondern *von* unserem Imperium.

Zu ihnen gesellen sich Akademiker und Freiberufler an den Universitäten, in der Geschäfts- und der Finanzwelt, in Stiftungen und Forschungszentren sowie in den Medien. Nur wenige unter ihnen glänzen durch unabhängige Urteile oder die Fähigkeit zu wohldurchdachter Abweichung von auf gegenseitigem Einvernehmen beruhenden Vorstellungen über den Platz der amerikanischen Nation in der Welt. Für diese Gruppen macht es einen gewissen, aber keinen großen Unterschied, wer Präsident ist. Sie sind für die Kontinuität der US-Außenpolitik verantwortlich, und sie nehmen diese Verantwortung ernst. Bisweilen scheint ihr Verhalten allerdings die Symptomatik aufzuweisen, die von Freud als „Wiederholungszwang“ beschrieben wurde: Ungeachtet der katastrophalen Misserfolge im Irak und in Afghanistan streben viele von ihnen daher jetzt eine Intervention in Syrien an.

Das *Permanent Government* hat das enge Bündnis mit Israel akzeptiert, das bereits auf die Kennedy-Johnson-Jahre zurückgeht. Unter den republikanischen Außenministern Schulz und Baker war das Bündnis ersten Belastungen ausgesetzt, blieb jedoch ein unverzichtbares Element der US-Politik im Nahen und Mittleren Osten. Die Demokraten, die von der Mehrheit amerikanischer Juden bevorzugte Partei, haben sich sowohl unter Clinton als auch unter Obama erfolglos bemüht, Israelis und Palästinenser zu einem endgültigen Friedensabkommen zu bewegen. Barack Obama und seine Außenministerin Hillary Clinton – die als ehemalige Senatorin aus New York und mögliche Präsidentschaftskandidatin im Jahr 2016 besonders aufmerksam auf die Meinung amerikanischer Juden achtet – haben einen *Low Intensity War* mit dem angeblichen Verbündeten Pakistan geführt, eine internationale Koali-

tion gegen den Iran geschmiedet und dem Land mit einem Angriff gedroht sowie amerikanische Streitkräfte zur Bekämpfung islamistischer Bewegungen zwischen Westafrika und den Philippinen entsandt.

Das ist die Lage am Ende der ersten Amtszeit Obama-Clintons: Die ägyptischen Vasallen der Vereinigten Staaten, Mubarak und seine Generäle, sind fort, das saudische Herrscherhaus wird belagert, die Türkei ist kaum mehr der willfährige Staat, der er einmal war. Nach dem Abzug der US-Streitkräfte aus Afghanistan wird das Land so unregierbar sein wie eh und je, und die Besetzung des Irak hat der Wirtschaft des Landes ernststen Schaden zugefügt, seine Gesellschaft gespalten und den iranischen Einfluss auf seine Politik verstärkt.

In diesem Umfeld wird der Konsens im *Permanent Government*, dass das Bündnis mit Israel in seiner bisherigen Form beizubehalten sei, zu Recht überprüft. Unterdessen wurde der – ohnehin nie sehr energisch ausgeübte – Druck auf Israel, den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten einzustellen, jedoch aufgegeben, und inzwischen zum Ritual verkommene Erklärungen über die Notwendigkeit einer Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen Israel und Palästina sind kaum noch zu vernehmen.

Außenpolitischer Wandel: Der Zerfall alter Koalitionen

Das *Permanent Government* ist um ein Vielfaches größer als der überwiegend angelsächsisch dominierte Auswärtige Dienst der Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg. Die Ausweitung amerikanischer Interessen im Ausland sowie die soziale Mobilität religiöser und ethnischer Gruppen in den Vereinigten Staaten ermöglichten im Laufe der Zeit auch jenen den Zugang, die keine Eliteuniversitäten besucht hatten: Katholiken und Juden, später Afroamerikanern und Latinos.

Eine Vielzahl jüdischer Amerikaner machte in den Reihen des *Permanent Government* beeindruckende Karrieren. Jüdische Kongressabgeordnete (27 von 435) und Senatoren (13 von 100) nehmen recht herausragende Positionen ein, und die meisten vertreten eine Wählerschaft, in der jüdische Bürger deutlich in der Minderheit sind. Neben einer beträchtlichen jüdischen Präsenz in den Medien (unter Eigentümern, Herausgebern und Journalisten), an den Universitäten und unter den Personen, die große Summen für politische Kampagnen spenden, hat dies zu außerordentlich vereinfachten Vorstellungen von einer Israel-Lobby geführt, die angeblich im Verborgenen agiere. Das Gegenteil ist der Fall, da keine andere außen- und militärpolitisch aktive Gruppe mehr darauf aus ist, ihre Erfolge publik zu machen.

Was stattdessen vorlag, war ein Fall von Wahlverwandtschaft: Ungeachtet all der durch die Besetzung Palästinas verursachten Probleme war Israel just deshalb ein wertvoller Verbündeter im Nahen und Mittleren Osten, weil es, wie Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien und die Türkei, bereit war, eine amerikanische Vorherrschaft in der Gegend zu akzeptieren. Künftige Historiker werden sich mit der Frage beschäftigen, ob die Vereinigten Staaten, durch

ihre Anerkennung der israelischen Besetzung Palästinas und ihre Unterstützung korrupter und repressiver Regime, den Iran und das sehr gemischte Spektrum als „islamistisch“ bezeichneter Gruppierungen erst dazu ermutigt haben, die Führung einer selbst ernannten antiimperialen Koalition zu übernehmen. Die von den Vereinigten Staaten lange Zeit geförderte Koalition zerfällt jedoch gegenwärtig – und Syrien (oder auch Algerien) sind möglicherweise nur die nächsten Staaten, die einen Regimewechsel erleben werden.

Innerhalb des *Permanent Government* sind die Stimmen derer, die für den Angriff auf den Irak verantwortlich waren, wie immer überdeutlich zu vernehmen – diesmal mit ihrer Forderung nach einem Krieg gegen den Iran und die „Islamisten“, wo immer man sie finden oder ihre Existenz herbeireden kann. Allerdings sind sie aus dem engeren Beraterkreis der Obama-Regierung ausgeschlossen worden, und es ist keineswegs sicher, dass ein Präsident Romney sie zurückholen würde. Sollte er gewählt werden, könnte er vielmehr den älteren Bush und Powell sowie Scowcroft und Kissinger in Fragen der Außenpolitik um Rat fragen.

Die Frage der doppelten Loyalität

Fest steht: Der sich derzeit abzeichnende Wandel der außenpolitischen Strategie, weg von der bedingungslosen Partnerschaft mit Israel, wird sich bis tief hinein in die US-amerikanische Gesellschaft auswirken.

Vor diesem Hintergrund war es ausgesprochen taktlos von Benjamin Netanjahu, Romneys Besuch in Israel zu benutzen, um die Frage nach der Freilassung des Israelis Jonathan Pollard zur Sprache zu bringen. Pollard war 1987 in den Vereinigten Staaten wegen Spionage für den israelischen Geheimdienst Lakam zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

Zwar mag es unter humanitären Gesichtspunkten Argumente für seine Freilassung geben, doch jene, die sie fordern, sind ansonsten nicht gerade für ihre humanitäre Einstellung bekannt. Vielmehr sind sie darauf aus, ein moralisches und politisches Zugeständnis zu erreichen, eine implizite Erklärung, dass die Interessen der Vereinigten Staaten und Israel so sehr übereinstimmen, dass man Pollards Vergehen mit Nachsicht beurteilen könne. Genau das aber bestreiten die Beamten im Zentrum des *Permanent Government*.

Entscheidend aber ist, dass Netanjahu mit dem Fall Pollard auch die Frage der doppelten Loyalität angesprochen hat – keine einfache Sache für amerikanische Juden, aber eine, die in jeder ernsthaften Erörterung der Beziehungen der Diaspora zu Israel unweigerlich zur Sprache kommt. Wie sähe unser Leben aus, wenn jeder jüdische Bewerber für einen Posten in der Regierung, im akademischen Bereich oder in den Medien unter dem Verdacht stünde, er sähe es als seine Pflicht an, Israel zu dienen?

Eine solche Fragestellung ist für die US-amerikanische Einwanderungsgesellschaft keineswegs ungewöhnlich. Im Gegenteil: Aufeinanderfolgende Einwanderungswellen in der Geschichte der Republik haben zwangsläufig

fremdenfeindliche Reaktionen bei jenen ausgelöst, deren Vorfahren früher ins Land gekommen waren. Henry James war über die jüdischen Einwanderer aus Osteuropa, die sich in der Lower East Side von Manhattan drängten, so beunruhigt, dass er ihre Assimilation für völlig ausgeschlossen erklärte. Was würde er zu den unzähligen Doktorarbeiten sagen, die heute von jüdischen Doktoranden zu seinem Werk eingereicht werden?

Jede ethnische Gruppe hat Verbindungen mit den jeweiligen Heimatländern aufrechterhalten – und häufig waren diese Verbindungen nicht nur kultureller und familiärer, sondern politischer Natur. Angetrieben durch die unterschiedlichsten Motive – wie etwa die Erinnerung an das relative Unvermögen der amerikanischen jüdischen Gemeinschaft, den europäischen Juden in den Jahren 1933 bis 1945 zu Hilfe zu kommen – setzen die amerikanischen Unterstützer Israels ihren kulturellen und wirtschaftlichen Erfolg ein, um Israels Interessen in den Vereinigten Staaten zu verfolgen.

Die Israelis müssen sich allerdings entscheiden, ob langfristig eine politische und militärische Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten der effektivste Weg zur Gewährleistung ihrer nationalen Sicherheit ist. Was werden sie tun, sollten die Vereinigten Staaten irgendwann in den nächsten Jahrzehnten feststellen, dass das gegenwärtige Engagement im Nahen und Mittleren Osten zu teuer und politisch zu riskant ist, um es weiter aufrechtzuerhalten? Israel wird vielleicht nicht der erste Vorposten sein, der geräumt wird, aber die Räumung wird kommen – fragen Sie Mubarak und seine Generäle!

Sofern amerikanische Juden weiterhin in den Vereinigten Staaten leben wollen, werden sie sich daher fragen müssen, wo ihre wahren Interessen liegen. Nicht zu finden sind sie jedenfalls in der falschen Prophezeiung Netanjahus, mit seiner grotesken Auslegung der jüdischen Geschichte.

Wir amerikanischen Juden haben aufgrund der Offenheit der US-amerikanischen Institutionen und aufgrund der von uns geleisteten Beiträge zum nationalen Leben Sicherheit und die Achtung unserer Mitbürger erlangt. Es steht uns schlecht an, diese Achtung abzuwerten, indem wir der Übereinstimmung mit der israelischen Agenda Priorität einräumen, einer Agenda, die von einer Gesellschaft aufgestellt wurde, die nicht die unsere ist und die mit unserem Leben hier immer weniger zu tun hat.

Wir werden ohnehin bald feststellen, dass wir in dieser Frage keine Wahl haben: Denn schon jetzt unterzieht eine wachsende Zahl unserer Mitbürger – insbesondere in den einflussreicheren Gruppen der Nation – die Übereinstimmung der Interessen Amerikas mit denen Israels einer Überprüfung. Als Juden und Amerikaner haben wir einen Beitrag zu dieser Diskussion zu leisten – doch dazu brauchen wir den Rat eines israelischen Politikers nicht, dem signifikante Teile seiner eigenen Bevölkerung zunehmend misstrauen. Im Gegenteil: Sollte die unverfrorene Arroganz, die Netanjahu an den Tag legt, die Existenz Israels tatsächlich gefährden, werden wir uns vielleicht noch wünschen, durch eine ehrliche Kritik an Israels Politik bei unseren amerikanischen Mitbürgern Achtung erworben zu haben, um den Israelis dadurch umso besser zur Seite stehen zu können – eine Situation, die leider nicht so abwegig ist, wie manche es sich derzeit noch wünschen mögen.



Alle 14 Tage montags
online unter
www.das-blaettchen.de

In der Tradition der Weltbühne
von Siegfried Jacobsohn,
Kurt Tucholsky
und Carl von Ossietzky:

Links, liberal und unabhängig.

Mit Beiträgen zu Fragen der Zeit
und darüber hinaus.
Spezialrubrik: Vor 90 Jahren – Reprints
aus der klassischen Weltbühne.

PDF-Abo: ab 25,74 Euro p.a.
www.das-blaettchen.de

Das Blättchen

Zweitschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft

Richard Meier	Frankfurter Friseurkammer (1968-2012)
Peter Petrus	Krieg in Syrien
Thomas M. Wendt	Die Transparenz des Präsidenten
Werner Bickler	Die Welt der historischen Ökonomen
Boris Papp	Die Macht von Frau Bepreval
Guido Mühlstein	Richard Heyrich und die Weimarer Konferenz
Richard Cramer	Verlagsgesetz
Ulrich Gumbert, Hilbert	Der politische Krieg
Chris Bickel, Peter York	„Das gute Mensch von Straßburg“
Alwin Zimmer	Jahrbuch Rechts und Wirtschaft
Richard Wogner	Ein Klassenkrieg und ein Überwachungsstaat
Klaus Ammann	Lebensfragen in der Gegenwart
Wolfgang Brandt	Lebensfragen: Untergang und
Wolfgang Hoffmann	Endung des Plurals
Kurt	Kurt und John M. Keynes
XXX (Ereignis)	Reinhold Friedrich und Ludwig
Vor 90 Jahren: Meier	Wie heißt die Mörder

15. Jahrgang (XV) **Nº 2** 23. Januar 2012
Erscheint jeden zweiten Montag
www.das-blaettchen.de

Workshops, Fachvorträge, Diskussionen

- 6. + 7. Oktober WIEN
- 12. + 13. Oktober MAGDEBURG
- 20. Oktober STUTTGART
- 27. Oktober BONN
- 3. November DÜSSELDORF
- 3. November HANNOVER
- 10. November MÜNCHEN
- 17. November LEIPZIG
- 23. + 24. November FRANKFURT / MAIN
- 1. Dezember BIELEFELD
- 7. + 8. Dezember ERFURT / JENA

Medien kompetent nutzen,
gestalten & diskutieren

LiMA

Regional

www.lima-akademie.de

